

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Bernd Petelkau

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 22.09.2014

**AN/1177/2014**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	22.09.2014

**Dauerdemonstration Kölner Klagemauer**

Sehr geehrter Herr Petelkau,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit etlichen Jahren gibt es eine öffentliche Diskussion um die „Kölner Klagemauer“, an der verschiedene Plakate zum Nahostkonflikt ausgestellt werden.

Bereits in 2010 gab es eine breit getragene Erklärung von der Stadt Köln, unterzeichnet von dem Oberbürgermeister, den Bürgermeistern, den damaligen Vertretern aller Fraktionen, den kirchlichen Vertretern und den Vereinen zur Förderung der Städtepartnerschaften zwischen Köln und Tel Aviv/Bethlehem in der die umgehende Entfernung aller menschen- und völker- verachtenden Installationen gefordert wurde.

Weiter heißt es in der Erklärung: „Köln sieht es als seine Pflicht an, grundsätzlich immer dann eine Grenzziehung einzufordern oder vorzunehmen, wo zum Hass gegen andere Völker aufgerufen wird und antisemitische – oder auch andere Religionen verunglimpfende - Botschaften verbreitet werden“.

Aktuell gibt es sowohl von den Kölnerinnen und Kölnern als auch aus der Bürgerschaft unserer Partnerstadt Tel Aviv vermehrt Kritik an den Darstellungen an der Kölner Klagemauer.

Wir bitten die Verwaltung aus diesem Grund um die Beantwortung folgender Frage:

Wie bewertet die Verwaltung die Dauerdemonstration vor dem Hintergrund der oben genannten Erklärung und welche Möglichkeiten der Abhilfe und Eingrenzung sieht die Verwaltung?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke

gez. Jörg Frank

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer